



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

81. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Ver-
waltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen** **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

Stellungnahme 14/2934

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion bei Abwesenheit der
FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und Grünen
nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf an.

- 2 Gesetz zur Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge der Deutschen Einheit (Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW)** **6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/10125

Der Ausschuss beschließt sodann eine Anhörung zu dem
Gesetzentwurf für den 13. Januar.

- 3 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz)** **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden
Haushalts- und Finanzausschuss.

- 4 Koalition der Zumutungen schlägt zu – Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP** **8**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10021

In Verbindung mit:

- 6 Die Landesregierung muss handeln, damit den Kommunen in NRW nicht eine bittere Zeit bevorsteht – Die Konjunktur darf nicht durch eine prozyklische Politik zusätzlich abgewürgt werden**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9063

- Festlegung des Termins und des Sachverständigenkreises zur beschlossenen Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich eine Anhörung zu
den oben genannten beiden Anträgen für den 24. Februar
2010.

5 Kibiz-Bürokratiewahn stoppen!**9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10017

Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache einvernehmlich darauf, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration zu verzichten.

* * *

2 Gesetz zur Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge der Deutschen Einheit (Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/10125

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der Gesetzentwurf sei vom Plenum diesem Ausschuss - federführend - am 3. Dezember überwiesen worden; mitberatend sei der Haushalts- und Finanzausschuss. Zwischenzeitlich liege auch die Modellrechnung des Innenministers für alle Kommunen des Landes vor.

Hans-Willi Körfges (SPD) bittet darum, in Anbetracht der Relevanz des Gesetzentwurfes für die Kommunen wolle man gerne die kommunalen Spitzenverbände und die Sachverständigen noch einmal zu Wort kommen lassen. Er schlage vor, am 13. Januar eine Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss beschließt sodann eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf für den 13. Januar.

